

ganze Schweiz veränderlich

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **96 (1970)**

Heft 44

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>



Notizen von Oskar Reck
zum hiesigen Lauf der Welt

Demokratie am Laufmeter

Wie demokratisch ist die Schweiz? Auf diese Frage gibt es eine hurtige Antwort: Sooo demokratisch, erklärt man einem Auskunft heischenden Ausländer und streckt ihm ein Bündel Stimmzettel entgegen, die man (vielleicht) übers nächste Wochenende in die Urne wirft. Ueberzeugend, nicht wahr! Wo in aller Welt gibt es so häufige und so befrachtete Sternmärsche zum Stimmlokal wie hierzulande? Wir befinden, wie es in unserer demokratisch-politischen Klischeesprache heißt, über unsere Gemeindeangelegenheiten, wir sanktionieren mit unserer Gnade oder verdonnern mit unserer Ungnade die kantonalen Vorlagen, und selbst auf der hohen Stufe der Schweizerischen Eidgenossenschaft trifft Seine Majestät, das Stimmvolk (resp. sein männlicher Teil) den souveränen, abschließenden Entscheid. Wahrhaftig, die Schweiz ist demokratisch. Demokratischer kann man gar nicht sein.

Wirklich? Wenn wir die Demokratie als eine Abfolge von Urnengängen betrachten, drängt allerdings der Schluß sich auf, im Lande Tells und der Gnomen sei der absolute demokratische Höchststand erreicht – und ein Mehreres könne eigentlich nur noch von subversiven Antidemokraten zum Zwecke einer katastrophalen Ueberladung des demokratischen Fuders verlangt werden. Die Frage ist allerdings: Worüber eigentlich stimmen wir ab, und das heißt zugleich, worüber nicht? Denn es kann ja sehr wohl sein, daß die Quantität an demokratischer Entscheidungsbefugnis enorm ist und dem willigen Urnengänger dennoch Milliardenkredite vorenthalten bleiben – was bei uns, wie schon Max Imboden feststellte, in der Tat der Fall ist. Dafür dürfen wir über so und so viel abstimmen, das uns (offen gestanden) weniger interessiert, um die Feststellung zu

vermeiden: gar nicht. Staatsbürgerliche Erzieher der klassischen Schule werden da freilich mit erhobener Stimme einwerfen, solch partielles Engagement gehe wider die Bedürfnisse unserer kleinstaatlichen Demokratie; in ihr sei das politische Interesse unteilbar.

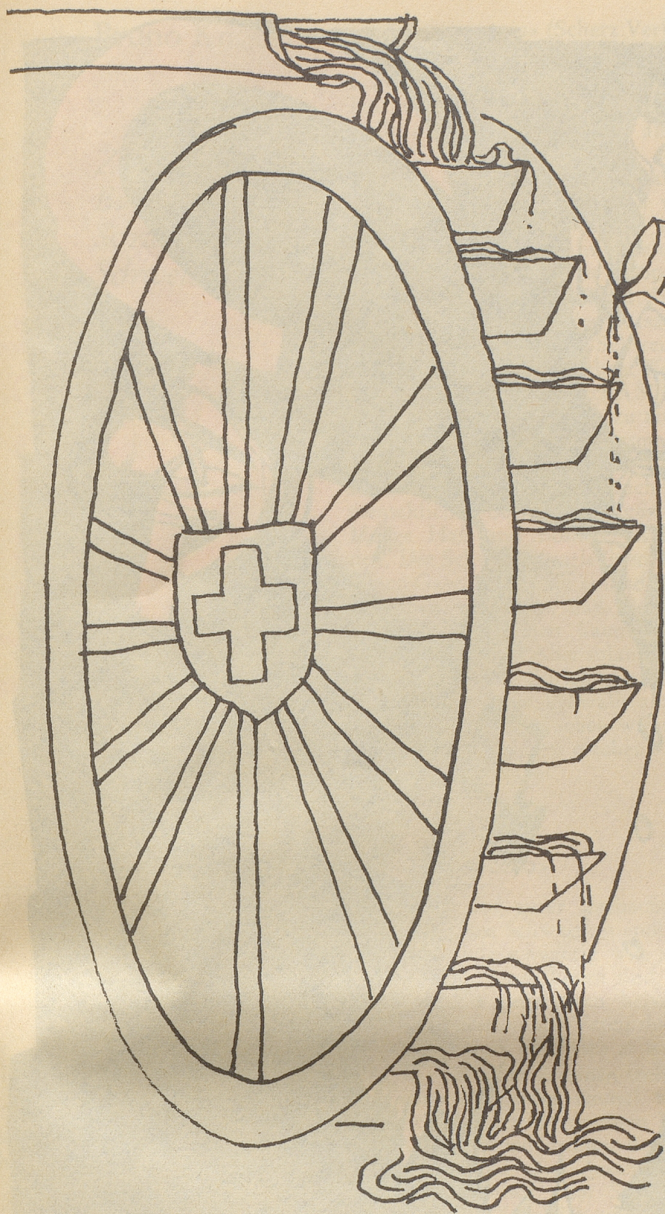
Ja und Nein und nichts dazwischen

Trifft diese Theorie des unteilbaren Interesses zu, dann – fürchte ich – ist die Schweiz in einem unaufhaltsamen Niedergang; denn selbst diejenigen Staatsbürger, welche keinen einzigen Urnengang versäumen, werden redlicherweise zugeben müssen, daß nicht ein uneingeschränktes Sachinteresse sie ins Stimmlokal treibt, sondern das, was sie für demokratische Pflichterfüllung halten: Man füllt seinen Stimmzettel aus. Man geht zur Urne. Man entrüstet sich über die 60 und mehr Prozent, die wieder einmal geschwänzt haben.

Kein Wort gegen die Pflichterfüllung, und nicht nur in staatsbürgerlichen Dingen. Nur wäre es freilich blanker Unfug, nichts als sie gelten zu lassen und mit ihr die Sicht auf die wesentlichen Probleme zu verstellen. Ist es für unser Staatswesen denn wirklich besser, unter allen Umständen und in jedem Falle zur Urne zu schreiten, als bei der oder jener Vorlage aus Gründen offenkundiger Unzuständigkeit zu Hause zu bleiben? Lebt die kleinstaatliche Demokratie tatsächlich von der ungebrochenen Anteilnahme an allem und jedem? Und ist es der demokratischen Weisheit letzter Schluß, daß die Demokratie im Ja, Ja, Nein, Nein der Urnenentscheide sich vollziehe und nirgends sonst? Diese Fragen haben ihr unverkennbares Recht. Man braucht sie nur zu stellen, um die Problematik quantitativ verstandener Demokratie sichtbar zu machen.

Zu viel müssen, zu wenig können

Der Demokrat muß in der hergebrachten Praxis seines Staatswesens zu viel, und zugleich kann er zu wenig. Er muß (oder sollte zumindest) zu viel, indem der Staat ihn unter dem Zwang des obligatorischen Referendums wieder und wieder zu Urnengängen über gänzlich unbestrittene Vorlagen aufruft. Nicht selten auch muß er sich – im Verhältnis zur gebotenen Orientierung und Aufklärung – vor komplizierten Sachfragen überfordert fühlen. Und der gleiche Staatsbürger kann zu wenig an der Fortentwicklung des Staatswesens teilnehmen, weil er immer erst an die Reihe kommt, wenn es nur noch Ja oder Nein zu schreiben gibt. Dann aber sind die



Offene Türen, offene Ohren

Ich höre den hämischen Einwand orthodoxer Kritiker schon, bevor er auch nur ausgesprochen ist: «Aber das ergibt ein demokratisches Chaos und keinen Zuzugewinn an Demokratie! Und was kann man sich vernünftigerweise von solcher Mitwirkung der «Namenlosen» versprechen?» Nun, mit so bescheidenem geistigem Aufwand ist die Forderung, die Mitarbeit interessierter Bürger an Vorlagen zu ermöglichen, nicht vom Tische zu fegen. Weder stehen für die einzelnen konkreten Fälle hoffnungraubende Papierfluten zu erwarten, noch hat die pauschale Behauptung ihr Recht, außer den akkreditierten Hof-Experten habe im jeweiligen Falle kein Mensch im Lande etwas Vernünftiges beizutragen.

Die Demokratie der fortgesetzten Mitarbeit hat freilich einen Wandel der Praxis zur Voraussetzung: Es ginge vorweg auf eidgenössischer und kantonaler Stufe um Regierungsprogramme, die in weiter Sicht darstellen, auf welchen Gebieten sich staatliche Aktivität aufdrängt; dann wären in der Phase der Expertenarbeit und später derjenigen der Kommissionsberatungen die Gespräche ins Volk zu öffnen; schließlich hätten die vorberatenden Gremien mit den Verfassern begründeter und wichtiger Eingaben den direkten Kontakt aufzunehmen. Neben diesem offiziellen Verfahren aber und parallel mit ihm hätten die politischen Parteien sich mit Diskussionsveranstaltungen in den Entwicklungsprozeß demokratischer Entscheidungen einzuschalten, statt sich erst ein paar Wochen vor den Urnengängen mit der Ausgabe von Parolen zu melden, auf die bald niemand mehr hört.

Zu fordern also ist, und zwar mit aller Entschiedenheit: die Demokratie der offenen Türen und der offenen Ohren. Mit der bloßen Pflichterfüllung von Ja- und Neinsagern in den helvetischen Stimmlokalen ist uns nicht weiterzuhelfen.

Entscheidungen zumeist bereits gefallen – nicht selten allein schon deshalb, weil die Zeit häufig schon so weit fortgeschritten ist, daß man lieber einem mittelmäßigen, ja zweifelhaften Vorhaben zustimmt, statt mit dem Nein das Risiko zu laufen, weitere drei, fünf oder sieben Jahre auf ein neues Projekt zu warten. Eine Demokratie aber wird im selben Grade fragwürdiger, als in wachsender Zahl die Alternativen, die sie ihren Staatsbürgern bietet, zu Fiktionen werden: Man kann zwar immer noch Ja oder Nein sagen, aber mit gutem Gewissen nur noch Ja, weil – nach einem Wort Max Imbodens – «das Nein den Scherbenhaufen verschuldet».

Was ist aus diesem Befund zu folgern? Daß ganz offenkundig die Zeit *zwischen* den Urnengängen für die demokratischen Entscheidungen immer wichtiger wird. Es kann also heute, mit andern Worten, nicht mehr nur darum gehen, am Ende an der Urne mitzustimmen zu können, sondern am Entwicklungs- und Reifungsprozeß von Gesetzen und Projekt mitzuwirken. Doch: wie das?